

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Preuß.-Berlin 5,50 M. im voraus zahlbar, bei Postweg monatlich 5,50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Straßband 6,75 M. (Deutschland und Österreich), für das übrige Ausland 15.— M. zuzüglich Postaufschlag.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum, jeweils jede Wort-Anzeige, als auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut auferlegtem Anzeigen-Tarif berechnet. Inzertate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inzeraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-96, 9768

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Kein übereiltes Vorgehen!

## Die Lage in Duisburg.

Berlin, 31. März.

Die Reichsregierung hat aus Duisburg das nachstehende Telegramm bekommen:

Die Lage in Duisburg hat sich so zuspitzt, daß die Ordnung nur durch unverzügliches Eingreifen der Reichswehr wiederhergestellt werden kann. Rückflutende bewaffnete Massen haben die Ausgänge der Stadt besetzt und zwingen mit Gewalt die Werke zum Stillstand. In der Stadt selbst herrscht nach wie vor die Willkür einiger linkskommunistischer Elemente. Die Hoffnung, in der Stadt beim Zusammenbruch der roten Front mit Polizei und Ordnung Ordnung selbst wieder herzustellen, muß aufgegeben werden.

Oberbürgermeister. Zentrumspartei. Sozialdemokratische Partei. Deutschdemokratische Partei.

Wir widersprechen aufs Schärfste der Entsendung der Truppen. Erst müssen alle Möglichkeiten erschöpft worden sein, um durch Verhandlungen mit den Arbeitern und ihren Organisationen die Ordnung auf der Grundlage der Bielefelder Beschlüsse wiederherzustellen.

## Die Zugeständnisse der Regierung.

Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien hatten gestern die Forderungen an die Regierung gerichtet:

1. eine bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen zu geben,
2. die über dieses Abkommen hinausgehenden militärischen Befehle und Maßnahmen aufzuheben,
3. den General Watter abzurufen und eine 48stündige Frist für die Ausführung des Bielefelder Abkommens zuzugestehen.

Zu der darauf erteilten Antwort der Regierung, die Punkt 1 und 2 erfüllt, meint die „Vossische Zeitung“, sie könne wohl dahin verstanden werden, daß nunmehr der Vertreter der staatlichen Zivilgewalt die alleinige Entscheidung über alle weiteren militärischen Vorkehrungen im Ruhrrevier erhält. Die Situation würde vereinfacht worden sein, wenn man diesen auch dem Sinn der Verfassung entsprechenden Zustand von vornherein geschaffen hätte. Jedenfalls ist er das einzige geeignete Mittel, um die dringend notwendige Veruhigung im Ruhrrevier herbeizuführen.“ Das „Berliner Tageblatt“ meint, es sei durch die Regierungserklärung

eine wesentliche Erleichterung der Situation geschaffen, da die Regierung die von den Arbeiterorganisationen erbetene bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen erteilt und auch die 48stündige Frist für die Ausführung des Abkommens zugestanden habe.

Sehr unzufrieden mit der Antwort der Regierung ist dagegen die schweizerische „Post“. Sie schreibt: „Nur mit ernstester Sorge kann man die Haltung der Regierung betrachten. Von dem mit großem Kathos angekündigten Ultimatum scheint nicht mehr viel übriggeblieben zu sein. Die Tatsache, daß sie ihren Willen nicht in die Tat umzusetzen vermag, bringt schon genug. Was werden die nächsten Stunden bringen?“

Der Kerger über die Vermeidung eines Blutbades unter der Arbeiterschaft ist allzu deutlich.

Düsseldorf, 30. März

Der Düsseldorfer Polizeirat, der der in der vergangenen Nacht vertrieben worden war, ist wieder eingesetzt worden. Die Sicherheitswehr hat heute wieder das Rathaus, das Ständehaus und alle öffentlichen Gebäude besetzt. Die roten Truppen sind abgezogen.

## Ein Warnruf.

In welchem Maße sich die Lage im Ruhrrevier am Montag vormittag zuspitzt hatte, geht aus nachfolgendem Telegramm hervor, das der Oberbürgermeister von Pagen, Abg. Cuno, der „Vossischen Zeitung“ sandte, und das am Dienstag nachmittag hier eintraf:

„Die Waffenniederlegung war durch sorgfältige Verhandlungen bis einschließlich Mülheim gesichert; aber das Ultimatum der Reichsregierung, insbesondere die scharfe Form der Zugeständnisse des Wehrkreisbefehls, die für unannehmbar gehalten und von der Arbeiterschaft so aufgefaßt werden, daß sie das Bielefelder Abkommen absichtlich aus der Welt schaffen sollen, hat den Ruhrkrieg wieder entzündet. Die Ungeheuerlichkeit, daß Hauptmann Lorenz für den Reichskommissar untergeordnet hat, bestreift jeden Rest von Vertrauen darauf, daß das Wehrkreisbefehl durch die Zivilbehörde kontrolliert werde. Infolgedessen ist der Generalstreik erklärt worden. Die Arbeiterschaft ist überzeugt, daß der weiße Terror nach ungarischem Muster durch eine Militärdiktatur Watter beabsichtigt sei. Sie ist erfüllt von verzweifelter Entschlossenheit, die Industrie mit sich zu begraben und Scheitern von Sprengung der Schächte nicht zurück.“

finnige Putschakt der Goetz und Genossen wird die Arbeiterschaft ihrem Gendern an den Galgen geliefert.

Diese Ausführungen zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft mit den Taten von Goetz genau so wenig zu tun hat, wie mit denen anderer mehr oder weniger zurechnungsfähiger Abenteurer.

## Befehung Cudenwaldes durch Reichswehrruppen.

Cudenwalde ist gestern nachmittags gegen drei Uhr von einem Bataillon Reichswehrruppen besetzt worden. Kein Mensch wehrte sie gewissen hat. Der Arbeiterschaft hat sich infolgedessen große Erregung bemächtigt. Der erste Bürgermeister Mannkopf und ein Führer der Unabhängigen, Genosse Schwert, sahen im Automobil den Truppen entgegen, um Erkundigungen über ihren Auftrag einzuholen. Der Kommandeur der Truppe erklärte, sie hätten Befehl erhalten, die Stadt zu besetzen und sämtliche öffentlichen Gebäude wurden daraufhin gestern abend besetzt. Von dem Kommandeur der Truppen wurde sofort ein Ultimatum erlassen, daß bis heute mittag um 11 Uhr sämtliche Waffen und Munition von den Arbeitern abgeliefert werden müssen, andernfalls wird strenge Bestrafung angedroht. Die Arbeiter haben ihrerseits ein Gegenultimatum gestellt und verlangen, daß die Truppen bis 12 Uhr Cudenwalde verlassen sollen, andernfalls sich die Arbeiterschaft ihre Maßnahmen vorbehalten.

## Revolutionäre Krise in Dänemark

Die heftigen Klassengegenätze, die alle kapitalistischen Staaten erfüllen, haben unrlöslich auch in Dänemark, dessen Entwicklung sich bisher in konstitutionell-demokratischer Bahnen bewegte, eine revolutionäre Krise heraufbeschworen, die Land und Volk vor schicksalschwere Ereignisse stellt.

Ähnlich wie jetzt in Deutschland, ist die revolutionäre Krise in Dänemark durch einen Vorstoß der reaktionären Parteien zum Durchbruch gelangt, die den Augenblick für gekommen erachteten, durch einen Staatsstreich an die politische Macht zu gelangen. Unter dem Einfluß der reaktionären Hofelite und im Einvernehmen mit den konservativen Oppositionsgruppen hat der König das seit sieben Jahren amtierende Kabinett Jable verabschiedet und ein konservatives Geschäftministerium eingesetzt, dessen erste Tat nur sein kann, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Das Vorgehen des Königs ist vollkommen verfassungswidrig, und mit Recht bezeichnet die große Mehrheit des dänischen Volkes den als Hüter der Verfassung bestellten König als Verräter gegen die Rechte des Volkes.

Dem Staatsstreich in Dänemark liegen sowohl innen- wie auherpolitische Ursachen zugrunde. Das Land steht vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen, da am 9. April zirka 150 000 Arbeiter durch Aussperrung brotlos gemacht werden sollen. Den kapitalistischen Scharmachern scheint es deshalb besonders erwünscht, die Macht in die Hände eines konservativen Ministeriums zu legen, das den Getrennstandpunkt des Kapitals besser zum Ausdruck bringen könnte, als das aus Vertretern der Linksparteien bestehende Kabinett Jable. Neben diesen Erwägungen spielt bei dem dänischen Staatsstreich die Abneigung des Hofes und der konservativen Parteigruppen gegen die antimexionistische Politik des bisherigen Kabinetts eine besondere Rolle. Der Ausfall der Abstimmung in der zweiten schleswigschen Zone, nach der Flensburg samt der ganzen Zone bei Deutschland verbleiben soll, hat die chauvinistische Stimmung in Dänemark außerordentlich gegen das Kabinett Jable erbittert, dessen korrekte, friedensfreundliche Haltung den Klängen der dänischen Annexionisten zuwiderläuft. Obwohl in den Sitzungen des soeben vertagten Reichstags die Opposition kein Wort über Neuwahlen hatte verstanden lassen, forderte sie jetzt plötzlich in einem Pressefeldzug sofortige Neuwahlen, die die Regierung selbstverständlich ablehnen mußte, da das neue Wahlgesetz noch nicht verabschiedet ist und die Vorbereitungen für die Teilnahme der neu hinzugekommenen schleswigschen Gebiete an den Wahlen nicht beendet sind. Nun putzte die Opposition den König auf, der unter Hinweis auf die angebliche Verschiebung der Parteiverhältnisse, die nicht einmal durch eine Lösung des Parlaments festgestellt werden konnte, den Rücktritt der Regierung verlangte. Als der Ministerpräsident Jable dies ablehnte und sich auf das Vertrauen des Parlaments berief, wurde er kurzerhand vom König als abgesetzt erklärt, der einen Konservativen mit der Bildung des Kabinetts betraute.

Man geht wohl kaum fehl, in den annexionistischen Bestrebungen des Königs und seiner Rätegeber die Haupttriebfeder für sein verfassungswidriges Vorgehen zu sehen. Wiederum erweist es sich, daß die Monarchie, selbst in parlamentarisch regierten Ländern, eines der Hauptbollwerke der Reaktion auf innen- und auherpolitischem Gebiet ist. Kein Wunder deshalb, daß auch in Dänemark durch das Vorgehen des Königs eine ungeheure Verärgerung der republikanischen Stimmung eingetreten ist. Die radikale Presse spricht sich scharf gegen den König aus, und die sozialdemokratische Partei gibt in einem Aufruf die Parole der Ablehnung des Königs und der Einführung der Republik aus.

Voll kühner Entschlossenheit ist sofort nach dem Bekanntwerden des Staatsstreiches die dänische Arbeiterschaft auf dem Kampfplatz erschienen. Schon am Montag nahmen die Vertreter der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eine Entschlossenung an, die die Wiedereinstellung des verabschiedeten Ministeriums und die sofortige Einberufung des Reichstags verlangte. Wenn diese Forderung

## Ein angeblicher Kommunist.

Die bürgerliche Presse veröffentlicht umfangreiche Telegramme über die angeblichen Taten eines Abenteurers Goetz und sucht für sie die organisierte Arbeiterschaft verantwortlich zu machen. Demgegenüber zitieren wir die folgende, der unabhängigen „Volkszeitung für das Vogtland“ in Plauen vom 23. März entnommene Ausführung.

Goetz nennt sich Kommunist. Aber kein Tun und Treiben hat mit der Politik und Taktik, die die Kommunisten unter dem Druck der Verhältnisse überall einzuschlagen gezwungen wurden, nichts zu tun. Sein Auftreten und seine Taten gleichen vielmehr einem politischen Abenteuerertum, dem die wirklich politisch-tätige Arbeiterschaft niemals ihre Unterstützung leisten darf. Nicht nur die Arbeiterbewegung als solche, sondern auch der Sozialismus überhaupt wird durch solche romantische Revolutionsspiele aufs Schärfste diskreditiert und geschädigt.

Wir halten es für unsere Pflicht, mit ungewöhnlicher Schärfe zum Ausdruck zu bringen, daß wir diese unheimliche Tat auf das Entschiedenste verurteilen. Aber Goetz geht noch weiter. Soeben wird gemeldet, daß der als Geisel mitgenommene Oberstaatsanwalt Dr. Gumbel heute mittag 12,30 Uhr in Falkenstein erschossen worden sei. Ist so etwas nicht purer Wahnsinn? Der Oberbürgermeister Dr. Lehmann und Vertreter des Plauener Volksgewerkschafts haben sich sofort nach Falkenstein begeben, um die Angelegenheit Tat zu verhindern. Auch der Volksgewerkschafts schuß mißbilligt dieses Treiben des Goetz in schärfster Weise und hat dies dem Rat gegenüber bereits zum Ausdruck gebracht. Durch ein solches Ver-

Am Dienstagabend nicht erfüllt würde, sollte eine Versammlung der vereinigten Gewerkschaften über den sofortigen Eintritt in den Generalstreik beraten. Das Ultimatum der Arbeiterchaft wurde dem König übermittelt, der sein Vorgehen als harmlos darzustellen suchte, und den sozialdemokratischen Parteiführer Stauning zu sich bat, um mit ihm eine Aussprache herbeizuführen. Es kam indes zu keiner Verständigung, vielmehr hielt der König an der Ernennung des neuen Geheimministers fest. Andererseits erklärte Stauning, daß ein Generalstreik unvermeidlich sei, wenn der König an seinem verfassungswidrigen Vorhaben festhalten werde.

Die Lage wird in Kopenhagen als so ernst angesehen, daß das Militär in den Kasernen konzentriert ist und sich in feindlichmännlicher Ausrichtung zum augenblicklichen Ausrücken bereithalten muß. Von sozialdemokratischer Seite ist der Beschluß gefaßt worden, den gesamten Eisenbahnverkehr ohne vorherige Ankündigung augenblicklich stillzulegen, falls der Versuch gemacht werden sollte, Truppen aus dem Lande nach der Hauptstadt zu schaffen. Andernfalls beginnt der Eisenbahnstreik zur selben Stunde, wie der Generalstreik, der für heute 12 Uhr angekündigt ist.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Vorgehen der dänischen Arbeiterklasse in starkem Maße durch das grandiose Beispiel des Generalstreiks in Deutschland beeinflusst ist. Wie hier, greift auch die Arbeiterklasse in Dänemark zielbewußt und entschlossen zu der Waffe des Generalstreiks, um das Attentat der Reaktionen gegen die Rechte des Volkes abzuwehren. Wie hier, erscheint die Arbeiterklasse in Dänemark in geschlossenen Reihen auf dem Kampfplatz, um den ihr gebührenden Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Geltung zu bringen. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die Parole des Generalstreiks in Kopenhagen und in den anderen Städten des Landes von der Arbeiterchaft befolgt werden wird. Auch die Landarbeiter und Kleinbauern auf dem hohen Lande, die in den letzten Jahren sehr radikalisiert worden sind, dürften sich der Generalstreikparole anschließen. Nur ein völliger Rückzug des Königs könnte den Ausbruch des Generalstreiks verhindern, der selbstverständlich weit über die gesteckten Ziele hinausgehen würde. Aber selbst wenn der König in letzter Stunde den Rückzug antritt und zu einer Verständigung mit den Mehrheitsparteien gelangt, dürfte die politische Entwicklung Dänemarks einen starken Aufwind nach links erfahren. Die politische Stagnation in Dänemark, die in dem letzten Jahre eingetreten war und unter anderem auch eine starke Verumpfung der sozialdemokratischen Bewegung herbeigeführt hatte, scheint überwunden zu sein. Der Vorstoß der Reaktionen hat auch hier den Stein ins Rollen gebracht. Für Attentat gegen die Verfassung hat die Klassen auf den Plan gerufen. Diese Bewegung wird nicht an einem Punkte stehen bleiben, sondern entsprechend den veränderten Verhältnissen im Lande schneller und härter als bisher den sozialistischen Endzielen des internationalen Proletariats zustreben.

**Kopenhagen, 30. März**  
Die sozialdemokratische Partei veröffentlichte einen Aufruf, in dem es heißt: In naher Zukunft können wir Wahlen erhalten. Wir fordern, daß die arbeitende und demokratisch fühlende Wählerbevölkerung auch bis zum letzten Mann stimmt und die reaktionären Pläne zu vernichten sucht. Lösung bei den Wahlen ist Durchführung der Demokratisierung der Verfassung, Einführung der Republik und des Einkammersystems und Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf das 21. Lebensjahr. Es muß in der Verfassung eine Einheitsliste geschaffen werden, damit keine Wichtige Klasse die ruhige parlamentarische Entwicklung führen kann.

Die sozialdemokratische Partei hielt heute abend eine große Protestversammlung gegen das Vorgehen des Königs ab, an der gegen 60.000 Menschen teilnahmen. Zwanzig sozialdemokratische Redner sprachen zu der Menge und protestierten gegen das Vorgehen des Königs, das als ein Versuch der Verfassung begehrt wurde. Schließlich wurde einstimmig eine Entschlüsselung angenommen, in der es heißt: Die Volksoberversammlung protestiert auf das schärfste gegen den Staatsstreik des

Königs und Verstoß der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften die vollste Unterstützung bei der Aufgabe, die Wiederherstellung der Verfassung und die Durchführung der Demokratie zu sichern. Die Versammlung löste sich in vollster Ruhe auf.

### Die Kaserne als Bildungsstätte.

#### Die Volksbildungstätigkeit der österreichischen Volkswehr.

Wenn die neue, gesetzmäßige Wehrmacht in Deutschösterreich, über deren Gestaltung wir bereits berichteten, gebildet sein wird, dann wird sich die bisher bestehende Volkswehr, die Vorläuferin und Bahnbereiterin der kommenden demokratischen Wehr, aufgelöst haben. Viele ihrer Einrichtungen und Gepflogenheiten aber werden von der neuen Wehr übernommen werden, wie denn überhaupt die Demokratie in der Kaserne bei der Volkswehr bereits mit Erfolg erprobt worden ist. In diesen Einrichtungen gehört die Bildungstätigkeit in der Kaserne. Wie fruchtbar diese Arbeit in der Volkswehr war, ergibt sich aus einer Aufschrift, die wir aus Wien erhalten. Es heißt darin:

Am 18. März 1919 hatte der Vollzugsausschuß der Volkswehr den Beschluß gefaßt, das geistige Leben in der Volkswehr planmäßig zu fördern und zur Entfaltung zu bringen und zugleich der Körperpflege und Sportbetätigung freien Raum zu schaffen. Unmittelbar darauf setzte unter Leitung des Reichsbildungsamtes der Volkswehr ein unter Soldaten bisher für unmöglich gehaltenes reges geistiges Leben ein, gewandt und getragen von den Bildungs- und Sporträten, den gewählten Vertretern der Wehrmänner, Lehrfach in Elementar-, Sprach- und kaufmännischen Fächern, wissenschaftliche Vorträge, künstlerische Veranstaltungen, Bildungsführungen durch technische Betriebe und Museen, Soldatenbüchereien und Lesestunden, Theater- und Konzertaufführungen und Wanderausstellungen, lebten überall gleichzeitig mit körperlichen Übungen und sportlichen Veranstaltungen auf. Damit war zum ersten Mal die Synthese von geistiger und körperlicher Erziehung im Rahmen der österreichischen Volkswehr vollzogen.

Ein Volkshochschulwesen ganz neuer und umfassender Art entwickelte sich in den Kasernen an Stelle des stürren geistesfeindlichen Drills. In trostlos öde Mannschafszimmer zog mit dem Geist der Bildung auch der Geist der Freude ein. Kolle Räume benutzten sich in bequemer Weise und Vortragszimmer zu verwandeln. Die Kasernenhöfe, die bisher nur den Drill gesehen und scharfe Befehle wahrnahmen, wurden nun nach und neben der militärischen Ausbildung zu Stätten freier körperlicher Erziehung, durch die die Wehrmänner sich in Turnen, Laufen, Springen, Fußball und allen anderen Sportzweigen körperlich kräftigten und härteten; mit einem Wort, aus den „Menschenschälen“, wie man die Kasernen früher oft nennen hörte, wurden jetzt Menschenwohnungen, durch die die Sonne der Götter- und Körperkultur hindurchstrahlte. Auch die Kinder der Wehrmänner wurden zu spielender Arbeit in den Kasernen zusammengenommen und im Sommer zur Erholung, die zugleich spielende Körper- und Herzgebildung war, aufs Land geschickt.

Auch diese Arbeit der Organisatoren des deutschösterreichischen Wehrwesens geben wir dem neuen Rat im deutschen Reichswehrministerium als Anregung mit auf den Weg. Er kann in der Tat zeigen, daß er in Wahrheit ein neuer Mann ist, wenn er auch nur einen Teil dieser Dinge verwirklicht. Wir fügen noch hinzu, daß die österreichischen Wehrmänner periodisch auch für produktive Arbeiten, so für Entwerfen, Stricken, und Handarbeiten, herangezogen wurden, um sie weiter dem Ideen und vererblichen Wählgang, nach dem bloßen Erziehungsdienst der Kaserne anheimfallen zu lassen. Selbstverständlich geschah das unter anständigen Arbeitsbedingungen und nur insofern, als es an Arbeitern mangelte.

### Weiterführung der Papierbewirtschaftung.

Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 27. März 1920 wird die Fortsetzung der Bewirtschaftung des für die Tagespresse und den Buch- und Zeitschriftenverlag bestimmten Druchpapiers angeordnet. Die Bestimmungen halten sich im wesentlichen im Rahmen der bisherigen Regelung. Jedoch tritt bei denjenigen Zeitungen, deren Auflage gegen früher zurückgegangen ist, eine schärfere Kürzung des Bezugsrechts als bisher ein. Das auf diese Weise ersparte Papier soll besonders denjenigen Zeitungen zugewandt werden. Die Fortsetzung der Kontinuitätslieferung entspricht dem Wunsche der Verlegerchaft. Insbesondere hat sich auch der Buch- und Zeitschriftenverlag in seiner Nothzeit dafür ausgesprochen.

### Der Volkshochschulgedanke.

Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Haenisch, hat einen Erlaß herausgegeben, in dem er darauf hinweist, daß sich die Volkshochschule ihrer Aufgabe, Weckerin einer neuen geistigen Bewegung im Volke zu sein, noch nicht bewußt geworden ist. Diese Aufgaben kann die Volkshochschule, wie es in dem Erlaß weiter heißt, nur lösen, wenn sie die geistig Suchenden aus allen Kreisen des Volkes in sich vereinigt. Dabei kann sie nicht auf den Boden einer bestimmten Weltanschauung stellen. Ihre Teilnehmer sollen sich vielmehr jeder von dem Boden seiner Weltanschauung aus mit den geistigen Gütern der gesamten Kultur auseinandersetzen.

Dieser Aufgabe kann durch Massenveranstaltungen nicht gedient werden. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ist noch nicht zum Durchbruch gekommen. Nicht als ein fertiges ist das geistige Kulturgut den Teilnehmern zu bieten, das nur hinzugenommen zu werden braucht, sondern als ein zu erwerbendes, der Souveränität des Geistes unterworfen. Die Volkshochschule wendet sich in der Form der Arbeitsgemeinschaft an Wenige. Das liegt in ihrem Charakter als Volkshochschule begründet. Ihrem Charakter als Volkshochschule wird damit kein Abbruch getan, denn sie öffnet ihre Pforten allen Schichten des Volkes und schließt niemanden aus, der die Veranlassung zu einem selbständigen geistigen Leben in sich trägt.

Die Volkshochschule soll nur einen Ausschnitt aus dem freien Volksbildungswesen darstellen. Es herrscht vielfach die Auffassung und sie scheint immer mehr zur Geltung zu kommen, daß das gesamte freie Volksbildungswesen in den Rahmen der Volkshochschule eingepaßt werden müsse. Dem freien Volksbildungswesen verbleibt vielmehr neben der Volkshochschule eine Fülle von Aufgaben, deren Lösung nicht minder dringlich ist, als die der Volkshochschularbeit.

Die Volkshochschule Groß-Berlin, die im allgemeinen diese Grundzüge und Methoden zu pflegen sich bemüht, hat ihre Lehrpläne, die durch den Generalstreik unterbrochen worden waren, wieder aufgenommen. Das erste Quartierjahr 1920 geht zu Ende und die Lehrpläne für das zweite Quartier werden demnächst herauskommen. Wir glauben schon jetzt mitteilen zu können, daß der neue Lehrplan den Anforderungen der sozialistischen Weltanschauung reichere Möglichkeiten geben wird, ihr Wissen vom Boden ihrer Weltanschauung aus zu vertiefen, als der frühere.

### Aufruf zum Bürgerkrieg.

Auch General v. d. Golz läßt es kein Mißgeschick sein: Ruhe. Der alte Schlächter wittert Arbeiterblut. Er fürchtet, der Kampf gegen die Arbeiterchaft mit Nothdritten, jeden Kalibers könnte entbrennen, und er könnte es vermissen, dabei zu sein oder doch zum mindesten sein Teil dazu beigetragen zu haben. Außerdem quält ihn die Angst, die Armee könnte „verdorben“ werden durch die Entfremdung des konterrevolutionären Offiziersbüros. Darum warnt er und winkt mit dem roten Tuch. In einem Artikel in der für solche Zwecke besonders geeigneten „Täglichen Rundschau“ schüttet er sein gequältes Preußenherz aus, wobei er offen den konterrevolutionären Geist und Verstand der Reichswehr zugibt. Der Mann schreibt:

„Die teilweise gemachte Unterscheidung zwischen Reichswehr und antibolschewistischen Truppen ist verwerflich, denn der eigentliche Zweck der Reichswehr ist Kampf gegen den Bolschewismus. Sorgen wir also dafür, daß die Reichswehr aller Grade die Gefahr und Pflicht erkennt, daß die Befehle ihrer militärischen Vorgesetzten unbedingt befolgt werden, daß alle Verbände, einschließlich der gut ausgebildeten Freivwilligenformationen, sich als ein geschlossenes antibolschewistisches Heer fühlen, das aus sachlichen Gründen und Vaterlandsliebe seinem Führer gehorcht. Nur einheitliche Disziplin kann uns retten. Jeder sei bereit, wenn nötig, sofort ausgebildet in die Reihen zu treten. In Berlin, dem Mittelpunkt Norddeutschlands, oder in der Provinz. Auch ist man nirgends so sicher wie bei einer guten Truppe. Dem Studium und den meisten Berufen kann man nur nachgehen, so lange wir noch keinen bolschewistischen Staat haben. Die Ausbreitung des Bürgerkrieges kann nur verhindert werden, wenn die Bolschewisten, welche grausam aber feige sind, das Bürgerrecht sich organisiert, ausgebildet und bewaffnet gegenüber wissen. Denn die Masse der bolschewistischen Militärs will nicht kämpfen, sondern ist nur mit der Aussicht auf unblutige Beute aufgehetzt.“

So führt v. d. Golz den Kampf für „Kultur und Volkstum“ und für den Rechtsstaat, wie er seine blinde Hebe gegen das revolutionäre Proletariat nennt. Wir sehen mitten im Bürgerkrieg, ruft er aus, wobei der Wunsch Vater des Gedankens ist. Die organisierte Arbeiterchaft wird dafür sorgen, daß gemeinschaftliche Elemente dieser Art, die sich in Aufrufen zum Bürgerkrieg satyrisch ergeben, jeden Einfluß im öffentlichen Leben für immer verlieren.

### Die Kommunalbeamten und der Generalstreik.

Der Gewerkschaftsbund der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (Bezirksgruppe Groß-Berlin) nahm in einer überaus stark besuchten Versammlung in der Posthalle des Berliner Stadthauses Stellung zu dem Generalstreik der Gewerkschaften in den Umverwaltungen. Mit großem Beifall entgegengenommen wurden die Resolution des Direktors Kenners vom Deutschen Beamtenbund und des Hauptgeschäftsführers Händler vom Bund der technischen Angestellten und Beamten. Die Versammlung nahm fast einstimmig folgende Entschlüsselung an: „Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Gewerkschaftsbundes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (Bezirksgruppe Groß-Berlin) billigt die auf Grund des Aufrufs des Deutschen Beamtenbundes seit dem Generalstreik getroffenen Maßnahmen. Die Versammlung verlangt, daß unterzüglich Richtlinien für zukünftige Fälle festgelegt werden.“

Der Verlauf der Versammlung zeigt, daß die Angestellten und Beamten ihrer Führung treu bleiben und sich für zukünftige Fälle ähnlicher Art in Bereitschaft halten. Wir sind überzeugt, daß im Laufe dieser Kämpfe sich das Bündnis zwischen Beamten, Angestellten und revolutionärer Arbeiterchaft enger und enger verschmilzt.

### Die Seedt-Truppen.

Am 30. März gegen 9 Uhr abends zogen lange Säge von Truppen durch Schöneberg nach dem Militärbahnhof. Auf den Maschinengewehren und Minenwerfern ließen gedruckte Zettel folgenden Inhalts: Nieder mit der revolutionären Arbeiterchaft! Nieder die rote Armee! Nieder Spartakus! Hoch die Monarchie! Hoch das Kaiserreich! Hoch die Reaktion! Arbeiter, wagt Ihr, was das zu bedeuten hat!

### Kämpfendes Proletariat.

Von Max Dortu.  
Den gemordeten Brüdern.

Schwärze Keilen, rote Keilen:  
Nacht sie uns zu Kränzen binden!  
Mädchen dann, in weißen Kleidern,  
Soll'n sie dem Genossen bringen.

Nußt er auch im schwarzen Grabe,  
Ungerissen von den Mördern:  
Ist kein Geist uns dennoch nahe;  
Nabe ist er unserm Herzen.

Toter Bruder, wenn wir Schroden;  
Daß wir Deinen Mord noch rächen —  
Wirft Du es im Grabe hören?

### Volkslücke.

Weißes Märzengoldlein sprüht als Licht vom mattblauen Himmel.

Starr steht ein alles Gebäude. Will sich gar nicht erwärmen:  
Und doch — es dampft aus den untern Räumen:  
Die Volkslücke lockt.  
Halbdunkler Raum.

Mann, Weib und Kind: alles kriecht sich  
Nicht hungernd; aber hungrig.  
Es leben hinterm Schaller  
Damen: Damen der „bessern“ Gesellschaft.  
Sie können dem hungrigen Volk:  
So möchten sie's wissen!  
Wie ist es? Sie dienen sich selbst:  
Ihrer Sucht nach mildtätigem Schein.

In weißer, sprühendes Märzenslicht:  
Du bist mein innerer Trost.

### Auf der Museumsinsel.

Die Herren Professoren und Direktoren sind vielfach die reaktionärsten und nöthigsten Deutschen bei uns in Deutschland. Sie freuen sich längst wieder über das Auftreten des Militärs wie die Kinder über die Weisoldaten und hängen sofort die alte preussische Königshöhne aus. Auch die langgelehrten Männer der Berliner Museumsinsel sind nichts anderes. — Und nun frage ich sie: wer hat es angeordnet, daß schon am 16. März auf den staatlichen Museen die alte Adler-Flagge von neuem erdient? Wer läßt sie für jeden Fall weiter aufbewahren? Wer sorgt dafür, daß das wichtige Zeichen der „Adler-Flagge“ des Volkes nicht verdrängt wird? Und wer wird es unternehmen, daß gemäß den Vereinbarungen vom 30. März auch unter diesen „gelehrten Herren“ und Kunstbeamten eine gründliche Reinigung vorgenommen wird??

Au der Berliner Universität ist jetzt die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden 14.537. Im Jahre 1912 waren es 9140. Damals zählte die gesamte Studentenschaft Berlins 14.351 Köpfe — heute sind es 20.831. Außerdem haben 1055 Männer und 276 Frauen einen Erlaubnischein zum Hören von Vorlesungen. Der Anteil der Ausländer ist stark gesunken. —

Vortragsabend: Oskar Lubwig Brandt und Margarete Jacoby hielten am 14. April im Kaiserhof ihren am 18. März entfallenen Vortragsabend: „Dichtungen geistiger Revolution“ nach. — Friedrich Panflier wird am 14. April im Kaiserhof von Conrad Ferdinand Meyer, aus „Hütten letzte Tage“ und Gedichte von Vortrag bringen.

Für das Neue Volkstheater wurden Alfred Beckerle, Hans v. Dönnowitsch, Gregor Kirchberger und Edith Angold verpflichtet.

In der russischen Ober findet am Sonntag, den 4. April (erster Osterfesttag), 7 Uhr, die Aufführung des musikalischen Lustspiels „Wenn Frauen träumen“ von Edgar Hill sein.

Im Pathos-Theater am Donnerstag, den 1. d. M., die Generalprobe der Operette „Der schwarze Indier“ von Franz Lehár. Einleitung von Hermann. Die Besetzung der Operette erfordert 100 Musiker. Das Cabaret ist besetzt worden.

Der Herr „Gmwie Hain“ ist im Falle erkrankt worden und sollte jetzt 16,50 M. von unserer Buchhandlung wird er auf unsere Abonnenten mit 14 M. abgeben.

# Die Schuld Watters.

In der Antwort, die die Regierung den Vertretern der Gewerkschaften gegeben hat, wird behauptet, daß die Viesfelder Konferenz die Abberufung Watters nicht nur nicht verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt habe. Das ist eine grobe Fälschung der Öffentlichkeit. Denn tatsächlich ist auf der Viesfelder Konferenz das zweideutige Verhalten Watters einmütig verurteilt worden. Sogar der Reichskanzler Sebering sagte, daß die militärischen Behörden sich leider nicht mit der nötigen Klarheit ausgesprochen hätten, und dies trifft vor allem auf dem General v. Watter zu. Nur der Minister Giesberts nahm für Watter Partei. Er wollte der Konferenz überhaupt keine bindenden Beschlüsse machen, da diese keine verfassungsmäßige Körperschaft sei. Die Arbeitervertreter waren darüber äußerst empört, und die Konferenz drohte auseinanderzuspringen. Als dann der Oberbürgermeister Guno aus Hagen schwer belastendes Material gegen Watter vorgebracht hatte, lenkte der Minister Braun endlich ein und lediglich seinem Nachgeben und dem energischen Auftreten der Arbeitervertreter ist es zu danken, daß die Konferenz weiter tagen und die bekannten Beschlüsse fassen konnte. Ueber die Haltung Watters sagte Herr Braun:

„Die Haltung des Generals war zu Beginn des Rapp-Putsch sehr zweifelhaft. Die Haltung seiner Unterführer war nicht zweifelhaft, denn sie haben sich offen für Rapp erklärt. Jedenfalls ist die zweifelhafte Haltung des v. Watter sehr daran schuld, daß die Sache dieses Gepräges genommen hat. Er will allerdings seine Haltung damit rechtfertigen, daß er seine Truppen zusammenhalten wollte, die zum Teil von kappistischen Führern kommandiert wurden, und daß ihm dies nur durch sein Verhalten gelungen sei. Gütte sich aber das Militär von vornherein auf den Boden der Verfassung gestellt, so hätte die Bewegung der Arbeiter nicht diese Dimensionen angenommen.“

Watter hat in Westfalen dieselbe Rolle gespielt wie Moeker in Sachsen. Es ist daher ein dringendes Gebot der Stunde, daß er so schnelligst wie möglich davongejagt wird. Ueber seine Mitschuld an dem Rapp-Putsch ist unsern Genossen in Remscheid eine Fülle von schwer belastendem Material in die Hände gefallen. Wir wollen daraus für heute nur die Stelle eines Briefes zitieren, den ein Vertrauensmann am 2. Februar persönlich an den Freiherrn v. Bülow richtete:

Der Chef Hagemann, Böhmen, Brackhoff lassen sagen, daß Watter in Münster durchaus zuverlässig und ganz im Bilde ist bis auf den Film-Ritmacher, von dem er nichts weiß. Watters Vertrauensoffizier ist Hauptmann von Hassenstein in Münster, der durch Hagemann orientiert ist. Bei Watter vorsichtig sein, er muß anfangen. W. wird einsehen, daß die Anwesenheit des Korps in Berlin wichtiger ist als dort, darum glaubt hier alles, daß der rhein-westfälische Film nicht von langer Dauer sein wird. Bitte bei Watter persönlich darauf hinwirken.

Das ist Watter, der General mit dem ungeschmälerten Vertrauen der Regierung. Der Mann, der durch sein Verhalten die Antwortfrage über das Ruhrgebiet herausbeschoren hat und dessen Abberufung nicht, wie die Regierung sagt, einmütig abgelehnt wurde, sondern von der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unbedingt verlangt wird.

# Vollversammlung der Betriebsräte.

Die gestern in Väter Stunde zu Ende gegangene Delegierten-Vollversammlung der Betriebsräte hat folgende Entschlieung angenommen:

Die Stunde des Handelns ist gekommen. Durch Verhandlungen ist die Arbeiterklasse zu dem selbstmörderischen Abbruch des Generalstreiks gezwungen worden. Durch Verhandeln sind unsere schwer bedrohten Massenangehörigen nicht mehr zu retten. Jedes weitere Zögern gibt der Schwatze die Möglichkeit, unter der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets ein entsetzliches Unheil anzurichten und auf Umwegen das Ziel des 18. März zu erreichen. Die Delegierten-Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins beschließt:

Die Arbeiter und Angestellten aller Berufe treten morgen sofort in den Betrieb zusammen, um den Generalstreik vorzubereiten. Die Generalversammlung der Delegierten tritt morgen um 1 Uhr wieder zusammen. Die Parolen sind: 1. Rettung der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets. 2. Besetzung der organisierten Arbeiter. 3. Entlassung aller Truppen, die gegen die Arbeiter kämpfen oder gelämpft haben.

Diese Entschlieung betont, daß der Generalstreik nicht sofort aufzunehmen ist, da die Verhandlungen zwischen dem Kabinett und den Arbeiter- und Angestelltenvertretern noch nicht abgeschlossen seien, die Regierung aber definitiv zugestimmt hat, daß das Ultimatum auf 48 Stunden verlängert wird, und sich weiter bereit erklärte, die Viesfelder Beschlüsse anzuerkennen. Es wird eine Kommission nach Essen geschickt, um alle kritischen Punkte auf dem Verhandlungswege beizulegen. Dieser Kommission werden auch Vertreter der U. S. V. sowie R. V. D. angehören.

# Studentische Kundgebung gegen die Reaktion.

Der demokratische Studentenbund, der sozialistische Studententbund, die Zentrumsgruppe, die freideutsche Gruppe, der republikanische Hochschulbund und die sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Handelshochschule hatten für Montagabend alle freibeitlich gesamteten Studenten zu einer Kundgebung gegen die Reaktion nach dem Auditorium 140 der Universität geladen. Nach dem Semesterschlusse war der große Pörsaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die deutschnationalen Studentenvereinigungen waren stark vertreten. Als erster Redner sprach Prof. Bergsträsser über „Putsch, Folgen und Folgerungen“. Er bezeichnete den im ungeschicktesten Augenblick ausgeführten Putsch als ein politisches Verbrechen, das nie zum Erfolge führen konnte. Eine gute Wirkung habe der Putsch gehabt. Er habe gezeigt, daß einwweilen die republikanische Regierungsform nicht nach rechts hin verändert werden kann.

Die Opposition der deutschnationalen Studenten, die sich während der Rede Professors Bergsträssers in lebhafte Zwischenreden bemerkbar gemacht hatte, führte während der letzten Rede des Professors Cetré über „Studentenschaft und Gegenrevolution“ zu einem wahren Tumult. Professor Cetré bezeichnete als den Anfang der Putschbewegung die Erziehung zur Exklusivität, wie sie auf den Gymnasien und Universitäten betriebelt werde.

Die Universität habe dem Putsch neue Kräfte zugeführt. In der Universität habe sich ein Vorbild für die Truppe und für die technische Klasse befunden. Der Rektor der Universität habe die Studenten aufgefordert, für die neue Regierung einzutreten. (Stürmische Plurufe, minutenlanger ungeheurer Lärm.)

denen 15 Arbeiter erschossen. Wärmende Jurufe: Schöneberger Rathaus). Die Gerichte über die Vorgänge im Schöneberger Rathaus seien übertrieben.

Der Lärm, der sich während der Rede Professor Cetré's erhoben hatte, steigerte sich noch, als der Versammlungsleiter erklärte, daß eine Diskussion nicht stattfinden solle.

Ebenso hielt die Studentenvertretung der Berliner Universität eine außerordentliche Sitzung ab, um zu den Ereignissen an der Universität in den Putschtagen Stellung zu nehmen. Hierzu lag ein Antrag vor, der ein Mißtrauensvotum gegen die vier Mitglieder des Ausschusses enthielt, die am 18. März eine Bekanntmachung der Kappisten unterzeichnet oder gebilligt hatten. Als, der reaktionären Gesinnung der Mehrheit entsprechend, dieser Antrag abgelehnt worden war, erklärten die Vertreter der Minderheit, daß sie ihre sämtlichen Sitze in der Studentenvertretung und im Ausschuss niederlegten.

# Die politische Aktion der Gewerkschaften.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ verbreitet eine ausführliche Darstellung der Ereignisse der letzten Wochen, die er mit den folgenden Ausführungen abschließt:

Für die Gewerkschaften bedeutet dieser Generalstreik die erste Probe einer groß angelegten politischen Aktion und zugleich einen glänzenden Sieg. Sie haben durch ihr unerschütterliches Zusammenhalten, durch ihre Eamütigkeit das monarchisch-militärische Gewaltregiment beseitigt und die Republik gerettet. Aber sie haben noch ein weiteres erreicht. Durch die entschlossene Aufstellung ihres Aktionsprogramms haben sie die Gewähr geschaffen für eine Neugehaltung der Regierung und für eine durchgreifende Neuordnung der militärischen und verwaltungsbehördlichen Verhältnisse, die eine Wiederkehr solcher reaktionärer Putsche für die Zukunft unmöglich macht. Sie haben endlich die Bahn freigemacht für eine Beschleunigung der Sozialisierung und für eine die Arbeiterschaft wirklich betriebligende Sozialgesetzgebung. Sie konnten diese Forderungen nicht durchsetzen, ohne ernstlich an das parlamentarische Gewerbe unserer Reichs- und Staatspolitik zu rühren. Sie mußten sich als einen neuen Faktor im politischen Leben einschalten, mit dem Regierung und Parlament sich vor allen entscheidenden Schritten zu verhandigen haben. Es mag demokratische Doktrinare geben, die eine solche Regelung als unvereinbar mit den verfassungsmäßigen Rechten der Volksvertretungen empfinden. Ihnen können wir nur das eine sagen: Ein Parlamentarismus, der in äußeren Formen erstarrt, ohne sich um die lebendig wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für das Gesamtwohl. Der monarchistische Putsch hat gezeigt, wie leicht demokratische Regierungen und Volksvertretungen verjagt werden können. Was aber nicht verjagt, abgekauft oder aufgelöst werden kann, das einzig Weibende, der Quell aller staatsbehaltenden Kräfte, ist das arbeitende Volk, dessen Wirtschaftsverbände den Kampf gegen die politisch-militärischen Hochverräther unerschrocken aufgenommen und ihn gewonnen haben. Sie sind es doch, die dem Reich seine legale Regierung und seine Volksvertretung wiedergeben. Aber das arbeitende Volk ist nicht blind für die Schäden und Gefahren der demokratischen Regierung, die ein großes Maß von Ungleichheit in allen Schichten gebäut und indirekt den Unsturzgebungen monarchistischer Verschwörer vorgearbeitet haben. Es kann auch nicht länger ruhig zusehen, daß fortgesetzt ein wesentlicher Teil der Arbeiter durch den einseitigen Kampf gegen links aufgereizt und der gemeinsamen Verteidigung der Republik entfremdet wird, weil dadurch die Kraft der Arbeiter als Klasse geschwächt und die Reaktion gestärkt wird.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind aus diesem Kampf um die Erhaltung der Republik hervorgegangen als die Beauftragten der arbeitenden Bevölkerung, die mit den verfassungsmäßigen Gewalten über eine den Wünschen des Volkes entsprechende und für eine gesicherte Zukunft Gewähr leistende Neuordnung der Verhältnisse zusammenwirken. Die Gewerkschaften haben sich zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe ebenso wenig gedrückt, wie zur Organisation des politischen Generalstreiks. Die Geschichte, die stärker war als die Regierung und die Volksvertretung, hat sie an diesen Platz gestellt und ihnen diese Mission übertragen. Die Volksmassen, die ihrer Leitung folgten, haben auf sie das Vertrauen gesetzt, daß sie auch die Vereinbarungen durchführen, unter denen der Generalstreik beendet worden ist.

Dieses Vertrauen darf nicht getäuscht werden. Die Folgen eines solchen Vertrauensbruchs würden unbeschreiblich sein für die Organisationen, für die Regierungen, am meisten aber für unser unglückliches Vaterland. Das mögen alle diejenigen erwägen und stets dessen eingedenk sein, die an der Wiederherstellung geordneter Staats- und Wirtschaftsverhältnisse mitwirken haben.

Die Arbeiterschaft wird mit Befriedigung von diesen Betrachtungen des gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes Kenntnis nehmen. Besonders Interesse verdienen die Ausführungen über den Parlamentarismus. Wie oft haben wir Wohlwiler gesagt, um die verhassten Angriffe von jener Seite dafür zu erklären, die heute so trefflich mit den „demokratischen Doktrinären“ abrednet, die unserer Kritik stets die „vollendete Demokratie“ in Gestalt des neudeutschen Parlamentarismus als das Heil entgegengehalten haben. Wir hoffen, daß der Gewerkschaftsbund bei dieser Auffassung bleibt, nachdem sich gezeigt hat, daß die Gewerkschaften, die Massenorganisationen des Proletariats die gegebenen Faktoren des außerparlamentarischen Kampfes sind, wenn der rechte Geist sie erfüllt. Nur dann können die Volksmassen auf sie das Vertrauen setzen, von dem in dem Artikel des Nachrichtendienstes die Rede ist. Wir hoffen ferner, daß die Mitglieder der Gewerkschaften aus dieser Aktion ihrer Organisationen gelernt haben, daß die Gewerkschaftsbewegung auch andere Aufgaben zu erfüllen hat, als den Tageskampf um den Lohngrößen.

# Einmalige Beihilfe für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Alle vorzugsberechtigten Militärpersonen der Unterlassen und Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen werden in den nächsten Tagen eine einmalige Beihilfe erhalten. Die Beihilfe wird in Höhe des doppelten Monatsbetrages der Versorgungsbeträge (einschließlich aller Zulagen, Unterhaltungen und Zulagenzuschläge) gezahlt werden, so daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im April den dreifachen Betrag ihrer sonstigen Bezüge erhalten werden. Eines besonderen Antrages bedarf es nicht; die Lohnrollen um sind angemessen, die Beihilfen zusammen und den für die zuständigen Behörden zu geben.

# Gewerkschaftliches.

## Lohnkämpfe bei den Wach- und Schließgesellschaften.

In einer äußerst hart besuchten Versammlung der Wachangestellten gab Leube vom Transportarbeiterverband einen ausführlichen Bericht von den Lohnkämpfen die im Monat März geführt worden sind. Bei vier Wachgesellschaften der Grundbesitzer kam es zur Arbeitsniederlegung. Die Streiks wurden erfolgreich beendet; die Streikfrage müssen die Unternehmer bezahlen.

Der Referent gab dann einen Bericht über das neue Lohnabkommen, das ab 1. April in Kraft treten soll. Fast sämtliche Unternehmer der Wachgesellschaften haben sich zu einer Tarifgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Forderungen, die den Unternehmern unterbreitet worden sind, betragen für den Monat April für Wächter und Wächterinnen 400 Mark, für Oberwächter 475 M., für Wachmeister und Kontrolloren 550 M. Für Mai und Juni soll der Lohn sich um je 25 M. erhöhen, des weiteren soll alle 14 Tage eine freie Nacht unter Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Die Unternehmer erklärten diese gemachten Vorschläge als unannehmbar. Da auf friedlichem Wege keine Verständigung zu erreichen war, ist die Organisation gezwungen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf gegen die Unternehmer aufzunehmen.

In der hierauf einsetzenden Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen, und die Zustände als gänzlich unzureichend erklärt. Alle Redner traten dafür ein am 1. April in den Streik zu treten, was lebhaften Beifall in der Versammlung erweckte. Verschiedene Wächter gaben die Einnahmen der Unternehmer aus ihren Revieren bekannt, und erklärten daß die gestellten Forderungen restlos erfüllt werden könnten. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß überall, da wo die Forderungen nicht bewilligt werden, ab 1. April die Arbeit zu ruhen hat. Der Referent wies noch darauf hin, daß die Unternehmer zu der heutigen Versammlung eingeladen seien, um sich ein Bild von der Stimmung ihrer Angestellten zu machen, leider hätten dieselben nicht den Mut gefunden an der Versammlung teilzunehmen. Unter allseitiger Zustimmung gab er die Erklärung ab, daß er einen Tarifvertrag, der nicht mindestens alle 14 Tage eine freie Nacht enthält und eine angemessene Lohnhöhung bringt, nicht unterzeichnen werde.

Unter Punkt Verschiedenes wurden mehrere Fälle mitgeteilt, daß beim Generalstreik dem sich die Wachangestellten zum großen Teil angeschlossen hatten, sich organisierte Arbeiter fanden, die den Wachangestellten in den Rücken fielen, indem sie Bewachungen ausführten, das müsse in Zukunft unbedingt anders werden.

## Regelung wegen Generalstreik.

In den beiden großen Schokoladenfabriken Hildebrandt u. Sohn, Panstr. 24/27, und Stollwerk A.-G., Chausseestraße 87, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen seit Beendigung des Generalstreiks in einem Abwechselfreie.

Nach der bekannten Rapp-Kittich-Verordnung, wonach Arbeitsgeberverband für die Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie den Beschluß, ihren Beruf als lebenswichtigen zu erklären (9) und die Arbeitnehmer aufzufordern, bis Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen. Diesem Rufe folgten nur wenige. Als am 22. März die übrigen wieder zur Arbeit erschienen, wurde ihnen erklärt, daß sie entlassen seien und daß die Firma nur nach und nach eine Wiederherstellung vornehme, und zwar sollte ein neues Arbeitsverhältnis beginnen. Daraus ließen sich die Arbeiter aber nicht ein und traten geschlossen in den Streik. Es werden, wenn keine Einigung zustande kommt, die zuständigen Schlichtungsinstanzen angerufen werden.

# Groß-Berlin.

## Erhebung des neuen Steuerzuschlags.

Nach Beschluß der städtischen Körperschaften vom 4. März 1920 gelangt für das Veranlagungsjahr 1919 zur Deckung der im Laufe des Steuerjahres hervorgerateten neuen Gemeindebedürfnisse neben dem bereits erhobenen Zuschlag von 20 Proz. ein weiterer von 50 Proz. von dem veranlagten Normalsteuersatz der Gemeindefinanzsteuer zur Deckung. Diese Steuer ist mit Hilfe in vollen Jahresbeträgen bereits fertig und soll in der Zeit vom 1. April bis 15. Mai d. J. in der bisher üblichen Form zur Eingehung und Abführung gelangen. Derjenigen Steuerpflichtigen, bezüglich deren die städtische veranlagte Steuer die unveränderte Grundlage der Zuschläge bildet, erhalten keine besondere Nachricht. Alle in dem Stadtbezirk 81 bis 49 (Steuerklasse III, Kurfürstenstraße 143) und 178 bis 181 (Steuerklasse VII C, Peterburger Straße 1) veranlagte Steuerpflichtigen, von denen die Steuern nicht mehr abgeholt werden, erhalten noch eine besondere Aufforderung zur Eingehung dieses Zuschlages. Gegen diese Veranlagung stehen den Beteiligten dieselben Rechtsmittel und innerhalb derselben Frist zu, wie sie in dem Veranlagungsschreiben über die Hauptveranlagung bekannt gegeben worden sind. (Siehe §§ 69 und 70 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893.)

## Blutorden.

Menschen, die für ihre Ideale kämpfen, werden in der Regel nicht darnach trachten, dafür besonders belohnt oder geehrt zu werden. Anders ist es dagegen bei denen, die sich verlaufen und dem ihre Kräfte leihen, der sie am besten bezahlt. Neben der guten Entlohnung und Verpflegung trachten sie aber auch auf die Verteidigung ihrer Eitelkeit, und glücklich schätzen sie sich, wenn sie einen Piepmach oder ein Wändchen im Knopfloch mit herumtragen können. Die schöne Zeit der Orden und Ehrenzeichen ist ja leider vorbei, aber die Herrschaften aus dem Reich zum machen sich ja doch ihre eigenen Weiche und auch ihre eigenen Orden. Vor uns liegt eine Urkunde, selbstverständlich in schwarz-weiß-rotter Ausführung, das folgenden Text enthält:



2. Marine-Brigade (Ehrhardt)
Besetzungsgeld.
Der Brigadefeldwebel
Der Brigadefeldwebel

Die Chirurgische Universitäts-Poliklinik, Siegelstr. 10/11, ist wegen des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in der Woche nach Ostern geschlossen.

Einzahlung der letzten 50 Proz. sehr schonend vorgeschoben.
Bekämpfung der Streiklage an die Gemeindeglieder wurde einstimmig beschlossen.

Aus dem Gemeindeleben.

Marienborn. Die erste Gemeindevorstandssitzung nach der kurzen Kapp-Zeit...
Die Steuerzahler sind interessiert, dass die beiden von Truppen belegt gewesenen Schulen - Gymnasium und Lyzeum - von den Soldaten verkauft werden...

Lebensmittellieferanten.

Weihensee. Inhaber der C-Vollmilchsorten, die in den letzten Tagen keine Milch erhalten haben...

Aus den Organisationen.

Begriffsverband Berlin-Brandenburg.
Die Zentralvorstandssitzung findet heute abend 8 Uhr im Verbandsbüro, Schilderstr. 5-6, statt.
Die Verbandsgeneralsammlung findet am Freitag, 2. April, vorm. 10 Uhr, im Sophien-Theater, Reimarsstr. 16-17, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Bewältigungsfelder: Berlin N 54, Bismarckstr. 83/85.
Am Donnerstag, den 1. April 1920, nachmittags 4 1/2 Uhr, in den Musikerkäfen, Kaiser Wilhelmstr. 31: Branchenversammlung der Zigarettenmaschinenführer u. Betriebshandwerker.

Zahn-Praxis Endter Nflg.
Alvenslebenstr. 21
Spezialität: Gummiloser Zahnersatz
Zähne 4 M., Zähne 6 M.
Munduntersuchung gratis. Keine Luxuspreise.

Kupfer Messing Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin Gold-, Silber-, Abfälle
Zahngelisse
Kupfer pro kg 14.-M.
Messing „ 7.-M.
Bronze „ 10.-M.
Blei u. Zink „ 4.-M.

H. S. P. Neukölln
Todesanzeige
Am 29. 3. verstarb unser Mitglied G. Orosso
Hermann Piage
Anna Schultz

Pianos
Staubfugl, Harmonien jeder Holz- und Sillart, Kontrapianos, Notenrollen, Gebräuchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt...

Nicht in 6-8 Wochen
sondern in 3-5 Tagen werden sämtl. Militär- u. Zivilgarderoben gefärbt.
Schnellfärberei u. chem. Reinigungsanstalt
Tel.: Amt Nord-West, Hansa 1075

Spezial-Arzt
Dr. med. Grütoring
Klavier 2500 M., Nullbaupiano
Konzeptpiano verkauft
Schwerles, Frankfurter Allee 78.

Rupferleitungen, Litzen, Kabel, Dynamo-Kleinzel
Kupfer pro kg 14.-M.
Messing „ 7.-M.
Bronze „ 10.-M.
Blei u. Zink „ 4.-M.

Isolieren Kupferdraht, Litzen und Wachsdräht
Ingenieurbüro Schlichling, Berlin W 9, Linkstraße 10.

Elektro-Installations-Materialien
Leitungsdrähte, Litzen, Kabeln, Spulendrähte, Kupfer- und Messing-Abfälle, Eisenbleche...

Freie Welt Heft 11
Die Gegenrevolution im Bilde
30 Bilder und Zeichnungen
werden sofort eingestellt in unserer Spedition
Steinmetzstr. 23.

Alt-Metalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Edelmetalle
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
2. Fennstraße 48

Kupfer, Messing, Zink, Blei
kauft zu Tagespreisen
Gozdek & Sliotmans, Falkensteinstr. 18.

Der richtige Weg für Angebot und Nachfrage sind die kleinen Anzeigen der Abend-„Freiheit“.

Verkaufe
Fried's Ausstattungs-Baus, Prinzenstraße vierundachtzig, zwei Treppen, am Moritzplatz, kein Laden.

Jünglingsanzüge, Prie-derqualität, Resposten, sportlich, auch Herrenanzüge!
Gediegene Jackettanzüge, Cotawayanzüge, Sommer-paletten, Reismantel...

Gestreifte Hosen, Selbst-anfertigung, daher billigst.
Höbel
Chaiselongues, 150.- bis 600.-, Metallbetten 250.- bis 2000.-

Möbel-Gelagenheits-käufe
Staubreinigungskompl. 1400.-, Küche in allen Farben, siebenteilig, herrliche Verglasungen...

Metallschmelze
Kupfer, Messing, Zinn, Zahngelisse, Platin, Goldbruch und Silberbruch...

Entlassungs-Anzeige
Ulster kauft höchstzahlend Rosenberg, Rosenhäger Str. 141
Zeitungspapier, Zahlen-Pfund 50 Pfennig, anderer 40, Schwarz, Annenstr. 24.

Spiralbohrer, auch einzeln, Scheitellast, zum höchsten Tagespreis, kauft Bothke, Nazarethkirchstr. 521.

Fahrräder
Fahrradgummi Riesen-austausch, Schlaue, Weim-sterstraße 4.
Fahrräder mit oder ohne Gummi kauft Stresser, Grüner Weg 18.

Gardinenverkauf
Gardinenverkauf zu stausend billigen Preisen, Kanariengärten, Stores, Bettdecken, Teppiche...

Gestreifte Hosen, darbe Strapsen-Hosen, Jackett-Anzüge noch preiswert am Lager, Schuster, Mannefeldstr. 20.

Möbel-Kaufgesuche
Metallabfälle, Kauft regelmä-ßig jeden Posten Jaschke, Lichtenberg, Pfarrstraße 45.

Metallschmelze
Kupfer, Messing, Zinn, Zahngelisse, Platin, Goldbruch und Silberbruch...

Spiralbohrer, Holz-schrauben, kleinste und größte, kauft laufend Jakob, Kaiserstr. 25, Eing. I (Alexpl.).

Spiralbohrer, Metall-e, Motoren, Dynamodräht kauft led. Posten Werkzeughandlung Reichensdorfer Straße 68.

Fahrräder
Fahrradgummi Riesen-austausch, Schlaue, Weim-sterstraße 4.
Fahrräder mit oder ohne Gummi kauft Stresser, Grüner Weg 18.

Arbeitsmarkt
Pflüsterinnen auf Klapp-kragen und Ma schertel bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung per sofort ge-sucht, Herrenwäschefabrik Felix Jablonka, Haidiggeleit-str. 18.